Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Georg Schramm: „Ich bin müde“
2. Steffen Lehndorff: Die Furcht der Eliten
3. Fall Mollath – Freiheitsberaubung durch Unterlassen
4. Michael Schlecht – Merkel gefährdet Europa
5. Griechischer Staatsfunk – Einfach abschalten
6. An das Bundesverfassungsgericht: Es gibt kein richtiges Recht innerhalb einer falschen ökonomischen Diagnose
7. Spanien: Der ganz normale Wahnsinn
8. Rechenfehler bei der Sparpolitik
9. Arbeiten ohne Ende
10. OECD: International Migration Outlook 2013
11. Unsere Toten in Bangladesch
12. Wir schnüffeln zurück
13. „Das stimmt so nicht“ – Falscher Presse-Hype um Monsanto-Rückzug aus Europa
14. Schluss mit PISA?
15. Noch 4 Tage: Lobbyismus an Schulen zurückdrängen!
16. Von der Plagiatsdiskussion zu den Arbeitsverhältnissen in der Promotion
17. Twitter – Mit Tweets gegen Autokraten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Georg Schramm: „Ich bin müde“**
   Ein aktuelles TV-Interview mit Georg Schramm – in Liechtenstein.
   Ich bin eigentlich ein kleiner ängstlicher Sozialdemokrat…
   Quelle: Der Freitag
2. **Steffen Lehndorff: Die Furcht der Eliten**
   Da bei nüchterner Betrachtung deshalb vieles auf ein Auseinanderbrechen des Euro hindeutet, sind Kritiker der herrschenden Politik natürlich gut beraten,

verschiedene Szenarien gedanklich durchzuspielen. Auch einige Befürworter der Ausstiegsoption weisen richtigerweise auf die enormen Risiken einer Euroauflösung für alle Beteiligten hin – also nicht allein für die deutsche Wirtschaft, die bei einem Scheitern des Euro am meisten zu verlieren hätte, sondern auch und vor allem für die heutigen Krisenländer. Wenn deren Währungen abgewertet würden, sind keineswegs alle Probleme gelöst. Gerade deswegen plädieren Heiner Flassbeck und Costas Lapavitsas in ihrer Ausstiegsstudie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung oder Jens Berger (taz vom 24. 5.) für eine „geordnete“ Auflösung der Währungsunion. Allerdings bleibt völlig im Dunkeln, wer oder was denn die europäischen Hauptakteure zu einem solchen schier unvorstellbaren Ausmaß an wirtschaftspolitischer Vernunft bewegen könnte.
Hier wird ein grundsätzliches Problem dieser Argumentation deutlich: Die linke Exit-Debatte ist eine Diskussion ohne Adressaten…
Neoliberale Politik wurde schon vor dem Euro betrieben, und sie kann auch nach einem Ausstieg aus dem Euro fortgesetzt werden. Der Euro ist nicht der Ursprung dieser zerstörerischen Politik, sondern in seiner jetzigen Konstruktion ein ihr dienender Mechanismus…
Die deutsche Linke sollte in einer solchen Situation die Forderungen der betreffenden Krisenländer solidarisch unterstützen. Wenn dann der Euro scheitert, tragen dafür die heutigen Machthaber in der EU die Verantwortung. Linke und soziale Bewegungen aber dürfen sich diesen Schuh nicht anziehen. Ihre Vorschläge zur Schadensbegrenzung bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone sollten sie dann, und zwar erst dann, einbringen.
Bis dahin muss alle Aufmerksamkeit auf Schadensvermeidung konzentriert werden…
Quelle: taz

3. **Fall Mollath – Freiheitsberaubung durch Unterlassen**
Im Fall Gustl Mollath liegen offenkundig mehrere Rechtsfehler vor. Nach sieben Jahren in der Psychiatrie bringen die zwei Wiederaufnahmeanträge ein wenig Hoffnung. Doch das zuständige Gericht reagiert seit Monaten nicht darauf und zeigt damit: Es ist nicht unabhängig, sondern taub. […]
Für die Wiederaufnahme genügt ein einziger triftiger Wiederaufnahmegrund; es liegen etliche solcher Gründe auf dem Tisch. Die Justiz muss dafür einstehen, dass ein Justizopfer nicht noch weiter leiden muss, wenn ein Versagen justizieller Kontrollen, ein Systemversagen also, in der Geschichte des Falles bereits offenkundig ist. Die Justiz muss dafür sorgen, dass sich ihre Fehler nicht noch potenzieren; sie darf nicht auch noch Folgefehler machen,

die sich auf die alten Fehler stützen. Es geht nicht darum, Gnade zu gewähren, sondern dem Grundwert der Freiheit seinen Rang zu geben.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

4. **Michael Schlecht – Merkel gefährdet Europa**
Die deutsche Regierung mit Merkel an der Spitze treibt in Europa eine brutale Austeritätspolitik voran. Massive Sozial- und Lohnkürzungen führen nicht nur zu sozialen Verschlechterungen, wie zum Beispiel dem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien auf um die 60 Prozent. Diese Politik zerrüttet auch die wirtschaftliche Entwicklung. Die Sozialkosten steigen trotz Kürzungen und die Steuereinnahmen brechen weg. Die Staatsverschuldung steigt weiter.
Tiefer liegendes Problem sind die dramatischen Außenhandelsüberschüsse Deutschlands, die sich seit 2000 auf mittlerweile 1,5 Billionen Euro summieren. Sie führen zu einer entsprechenden Verschuldungsposition in anderen Ländern. Ursache ist das Lohndumping – in Deutschland liegen auch heute noch die durchschnittlichen Reallöhne unter dem Niveau des Jahres 2000.
Die richtigen Schritte um eine Kehrtwende einzuleiten sind: Stopp der Austeritätspolitik, Aufbauprogramme für die Krisenländer, eine stärkere binnenwirtschaftliche Ausrichtung der deutschen Ökonomie mit deutlich höheren Löhnen und dem Zukunftsprogramm.
Eine wirkliche Kehrtwende ist in Deutschland von Innen heraus kurzfristig kaum absehbar. Wenn die Krisenländer jedoch gemeinsam auftreten und sich gegen die vor allem von Deutschland ausgehende Austeritätspolitik wehren würden, bestünden Chancen für eine Änderung der deutschen Politik. Es gibt ein Drohpotenzial: Die Krisenländer könnten Deutschland mit Ausschluss aus dem Euro drohen oder mit dem gemeinsamen Austritt und der Neugründung einer gemeinsamen Währung.
Beides liefe auf das Gleiche hinaus: Die Krisenländer drohten aus dem Währungsgefängnis auszubrechen. Dies hätte schwerwiegende Folgen denn eine faktische neue deutsche Währung würde massiv aufwerten und die Exportfähigkeit kollabieren.
Quelle: Michael Schlecht [PDF – 820.6 KB]

5. **Griechischer Staatsfunk – Einfach abschalten**
Meinungsfreiheit hängt gerade nicht am Staatsfunk. Das sei allen gesagt, die sich schockiert zeigen, dass die griechische Regierung die öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten vorübergehend stillgelegt hat. Die Erklärung von Ministerpräsident Antonis Samaras für diesen drastischen Schritt klingt nicht abwegig. Ziel sei es, den Staatsfunk stark zu verkleinern, als Teil der

Sparmaßnahmen, zu denen das Land wegen der Finanzmisere gezwungen ist. Das mag nicht die ganze Wahrheit sein. Vermutlich entledigt man sich auf diese Weise auch unliebsamer politischer Seilschaften in den Sendern. Vielleicht brauchte es auch noch ein Opfer, um die in Athen weilende „Troika“ zu beeindrucken. Sie überwacht, ob die Griechen die Reformauflagen für die Euro-Krisenhilfe einhalten. Was immer Samaras bewogen hat – sich mit dem Staatsfunk anzulegen, erfordert Mut.
Ein wenig von diesem Mut wünschte man sich auch in Deutschland. Hier haben die öffentlich-rechtlichen Sender finanzielle Dimensionen erreicht, die jeder Beschreibung spotten. Einfach abschalten und kleiner neu starten? Man darf ja mal träumen. Wie gesagt, die Informationsvielfalt und Meinungsfreiheit hängen nicht am Staatsfunk.
Quelle: FAZ

Anmerkung JK: *Ein übles Stück. Wo sieht Heike Göbel bei den Privatsendern differenzierte und kritische Berichterstattung, die bei den öffentlich-rechtlichen Sendern durchaus noch vorhanden ist, siehe z.b. kritische Reportagen auf arte, 3sat oder die Features des Deutschland Radios. Wie man sieht, existieren bei den Neoliberalen hierzulande durchaus autoritäre Phantasien. Aber mit dem Finger auf Erdogan zeigen.*

6. **An das Bundesverfassungsgericht: Es gibt kein richtiges Recht innerhalb einer falschen ökonomischen Diagnose**
Wenn ein Rettungssanitäter einen Rettungswagen steuert und dabei Geschwindigkeitsvorschriften missachtet, wird man ihn deswegen weder anzeigen noch gar verurteilen, ohne nach dem Grund seines überhöhten Fahrtempos zu fragen. Handelt der Fahrer so, weil er zu einem Unfallort mit Bewusstlosen gerufen worden ist, und verhält er sich auf der Fahrt so verantwortungsbewusst wie möglich, d.h. gefährdet er keine Dritten, wird die Verletzung der Verkehrsvorschriften nicht nur hingenommen, sondern sogar als notwendig angesehen. Denn es geht um das in diesem Fall gegenüber allgemeinen Verkehrsvorschriften schwerer wiegende wohlverstandene Interesse der Bewusstlosen, möglichst rasch Hilfe zu bekommen. Werden Dritte gefährdet, wird immer noch eine Abwägung der Umstände vorgenommen werden, bevor der Sanitäter angeklagt oder gar als schuldig bezeichnet würde. Außerdem wäre die Frage zu klären, ob die gefährdeten Dritten den Rettungswagen nicht etwa behindert haben, z.B. trotz Martinshorn nicht rechtzeitig an den Rand der Fahrbahn ausgewichen sind und insofern

eine Mitschuld tragen. Kurzum, immer muss man sich ein umfassendes Bild der konkreten Situation machen, bevor man sie beurteilen kann. Nur den Verstoß gegen ein Gesetz festzustellen, reicht zur Urteilsfindung nicht aus.
Quelle: Flassbeck Economics

7. **Spanien: Der ganz normale Wahnsinn**
   Viele junge Spanier sind auf Jobsuche, drei davon haben ihr Glück im Ausland versucht. Juan, 25 und Psychologe, jobbte als Verkäufer in einem Sportgeschäft. Dann versuchte er sein Glück in Deutschland und arbeitete als Kellner, um nebenbei Deutsch zu lernen. Doch das war nicht von Dauer. Borja, 28, Ingenieur für erneuerbare Energien, ist seit einem Jahr arbeitslos und wohnt wieder bei seinen Eltern. Er arbeitete schon in Polen, war auf Jobsuche in London und wartet jetzt auf Antwort. Die drei jungen Spanier vermuten, dass die hohe Arbeitslosigkeit nicht allein durch die Euro-Krise, sondern auch durch Missmanagement, Vetternwirtschaft und Korruption verursacht wird. Sie wollen sich für die Erneuerung Spaniens engagieren.
   Quelle: Deutschlandradio [Audio – mp3]
8. **Rechenfehler bei der Sparpolitik**
   Sparprogramme haben in einigen Eurostaaten zu Rezession und Massenarbeitslosigkeit geführt. Der IWF hat inzwischen zugegeben, dass er sich verrechnet hat, weil der so genannte Multiplikator-Effekt erheblich größer ist als bisher angenommen.
   Quelle: ARD Plusminus
9. **Arbeiten ohne Ende**
   Mittlerweile haben all diese Gesellschaften mehr oder weniger weitreichende „Reformen“ ihrer Alterssicherungssysteme in Angriff genommen. Sie laufen allesamt darauf hinaus, das Rentenzugangsalter zu erhöhen, das Leistungsniveau der öffentlichen Zuwendungen zu senken und die jüngeren Menschen verstärkt zu privater Altersvorsorge anzuhalten.
   Zudem vollzieht sich grenzübergreifend – und maßgeblich angetrieben durch die auf europapolitischer Ebene propagierte Losung des „active ageing“ – eine allmähliche Umdeutung des Alters: Eine Lebensphase später Freiheit wird zu einem Lebensabschnitt fortgesetzter Produktivität. Während dieses neue Bild eines „jungen“, aktiven und produktiven Alters in der Realität zur Rechtfertigung des Rückbaus materieller Alterssicherungen dient, reklamieren seine Propagandisten in Politik, Medien und Wissenschaft zugleich ein hehres normatives Ziel für sich, das in der gängigen EU-Sprache das fröhliche Etikett „adding life to years“ erhalten hat. Das soll suggerieren, die Förderung von verlängerter Erwerbsbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement der

Älteren sei gleichbedeutend mit deren Aufwertung zu leistungsbereiten, nützlichen und gemeinwohlorientierten Mitgliedern der Gesellschaft.
Sollte sich diese Tendenz zur materiellen Entsicherung der Lebensverhältnisse und zur neuerlichen „Eingemeindung“ der Rentner in die normativen Strukturen der Erwerbsgesellschaft fortsetzen, so wäre die Geschichte des Ruhestands eine ausgesprochen kurzlebige Epoche gewesen…
Die potenziell leistungsfähigen Phasen des menschlichen Lebens werden zunehmend nach „vorne“, bis in das frühkindliche Alter, wie nach „hinten“, bis ans Lebensende, verlängert. Dies aber ist nicht Ausdruck eines Strukturwandels des Alters und der Lebensgestaltung, den die spätindustrielle Ära irgendwie mit sich bringt, sondern Teil einer spätkapitalistischen Dynamik der Ökonomisierung und Inwertsetzung immer weiterer gesellschaftlicher Lebensbereiche.
Quelle: Le Monde diplomatique

Anmerkung WL: *Heute erscheint die Juniausgabe der Le Monde diplomatique als Beilage zur taz, danach im Kiosk. Hier das Inhaltsverzeichnis*

dazu: Auch höher Qualifizierte zweifeln, ob sie ihre Arbeit bis zur Rente durchhalten können
Gut Ausgebildete gehen in ihrem Job auf und fürchten sich eher vor dem Ruhestand als ihn herbeizusehnen. Wie viel ist dran an diesem Klischee?…
Fast 60 Prozent der Befragten planen, vor dem gesetzlichen Rentenalter in den Ruhestand zu gehen. Und sie freuen sich darauf, endlich die Dinge nachholen zu können, für die im stressigen Berufsalltag keine Zeit war. Drei Viertel der 60-Jährigen unter den Befragten glauben, dass es ihnen besser gehen wird, wenn sie erst in Rente sind. Verstärkte Rücksichtnahme auf Ältere attestierten ihrem Arbeitgeber nur 16 Prozent aller Befragten. Vielmehr werde in vielen Betrieben und Einrichtungen bisher ein gesteigerter Verschleiß der Arbeitskräfte in Kauf genommen.
Das Fazit der Wissenschaftler: Die Rente mit 67 wird zumindest von denen, die es sich leisten können, „unterlaufen“, solange die betrieblichen Voraussetzungen für „alternsgerechtes Arbeiten“ fehlen.
Quelle: WSI Mitteilungen

10. **OECD: International Migration Outlook 2013**
Bevölkerungsanteil:



Fiskalische Auswirkungen:

Quelle: OECD

Anmerkung WL: *Dass die Migranten in Deutschland einen negativen Einfluss von 1,13% des BIP haben führen laut Handelsblatt die OECD-Autoren darauf zurück, dass hier anteilig mehr Migranten im Rentenalter leben als in den meisten anderen OECD-Ländern.*
Ob die OECD wohl den positiven Einfluss der an Ausländer ausbezahlten Renten auf die Nachfrage eingerechnet haben?

dazu: OECD-Bilanz: Viele Zuwanderer verlassen Deutschland schnell wieder
Deutschland, ein Traumland für Zuwanderer? Von wegen. Laut OECD bleibt mehr als die Hälfte der Griechen und Spanier nicht mal ein Jahr. Trotz Fachkräftemangel tun Firmen und Kommunen offenbar zu wenig, um die Gastarbeiter zu halten. (…) Die Idee: Südeuropa kämpft mit dramatisch hoher Jugendarbeitslosigkeit, die Mittelständler in Süddeutschland hingegen suchen händeringend Personal. Warum also nicht junge und erfahrene Fachkräfte aus Südeuropa nach Deutschland einfliegen lassen – und so eine Win-win-Situation schaffen? Doch so einfach, wie es sich viele Politiker vorstellen, ist es nicht. Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen nun: Viele Zuwanderer verlassen Deutschland schnell wieder. Laut dem Migrationssausblick der OECD hat sich in den vergangenen Jahren nur jeder zweite Grieche und sogar nur jeder dritte Spanier länger als ein Jahr in Deutschland aufgehalten. Das ist ein Warnsignal für die schrumpfende und alternde Bundesrepublik. Deutschland schafft es offenbar nicht, Zuwanderer auch im Land zu halten. Von einer Million Zuwanderer blieb 2012 unterm Strich nur ein knappes Plus von nicht einmal 400.000 Menschen, wenn man die Zahl der Fortzüge im selben Zeitraum berücksichtigt. In die Türkei wanderten etwa 4000 Menschen mehr ab, als umgekehrt nach Deutschland einreisten. (…) Und doch: Eine schnelle Integration in den deutschen Arbeitsmarkt will vielerorts nicht gelingen. Das mag auch daran liegen, dass sich die neuen Zuwanderer dieses Mal selbst eher als Gastarbeiter sehen. Sie sind es plötzlich, die einen kurzfristigen Engpass auf dem Arbeitsmarkt überbrücken wollen. „Wenn es den Heimatländern wirtschaftlich wieder besser geht, wollen gerade die jungen Leute wieder zurück“, sagt Johann Fuchs, Analyst beim Institut für

Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Dieser „Spiegel“-Beitrag greift wieder einmal tief in die Mottenkiste der neoliberalen Denkschemata: „Fachkräftemangel“, „schrumpfende“ und „alternde“ Bevölkerung, Zuwanderung aus europäischen Krisenstaaten = „Win-win-Situation“. Auch das der Bundesagentur für Arbeit angeschlossene Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bewegt sich in diesem neoliberalen Deutungsmuster. Was verleitet den „Spiegel“ und das IAB angesichts weiter steigender Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Krisenstaaten eigentlich zu der fixen Annahme, der nur kurzzeitige Aufenthalt von Arbeitnehmern aus diesen Staaten ließe sich mit dem Argument „Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den Heimatländern“ (in den Worten des „Spiegel“: die ausländischen Arbeitnehmer würden durch die kurzzeitige Zuwanderung einen „kurzfristigen Engpass auf dem Arbeitsmarkt“ in ihren Heimatländern überbrücken) erklären?*

Ist es dem „Spiegel“ und dem IAB jemals in den Sinn gekommen zu fragen, ob die seit den 90er Jahren miserable Lohnentwicklung in Deutschland nicht gerade auch gut ausgebildete Fachkräfte davon abschreckt, länger als nötig in Deutschland zu arbeiten? Daß diese also möglicherweise versuchen, in europäischen Nachbarländern besser bezahlte sowie sozial besser abgesicherte Arbeitsplätze zu finden? Hierzulande ist man ja nicht einmal in angeblichen „Boomzeiten“ dazu bereit, den Beschäftigten den lohnpolitischen Verteilungsspielraum (EZB-Zielinflationsrate zuzüglich Produktivitätswachstum) zuzugestehen. Ist es dem „Spiegel“ und dem IAB jemals in den Sinn gekommen zu fragen, ob die auf die Meinungsbildung der bundesdeutschen Bevölkerung einwirkende schäbige Stimmungsmache in zahlreichen deutschen Leitmedien (bei weitem nicht nur jenen des Springer-Konzerns) gegen die südeuropäischen Staaten und deren Bevölkerungen von den Zuwanderern aus diesen Staaten möglicherweise als abstoßend und herabwürdigend erlebt und empfunden wird?

Wenn der „Spiegel“ den Zuzug von gut ausgebildeten Facharbeitern und Akademikern aus den europäischen Krisenstaaten als „Win-win-Situation“ bezeichnet, dann verschweigt er, daß sich die deutsche Exportwirtschaft zunächst mittels parasitärem Lohndumping (und dem damit einhergehenden an-die-Wand-konkurrieren der europäischen Krisenstaaten) auf Kosten

zahlreicher europäischer Staaten und deren Bevölkerungen bereichert hat und die so maßgeblich mitverursachte Krise innerhalb dieser Staaten dann durch die v.a. von der Bundesregierung diktierte „Spar“- und „Reformpolitik“ weiter verschärft wurde. Nun schickt sich die deutsche Wirtschaft im Verein mit der hiesigen Politik an, in den europäischen Krisenstaaten ausgerechnet jene mit hohem Kosten- und Zeitaufwand ausgebildeten Facharbeiter und Akademiker anzuwerben, die von ihren Heimatländern in den kommenden Jahren dringend für die Rückgewinnung ihrer Wettbewerbsfähigkeit benötigt werden (mit dem „Neben“-Effekt, daß die Löhne und Gehälter hierzulande auch in den künftigen Jahren unter Druck bleiben). „Win-win“ sieht anders aus!

passend dazu: Mangelhafte Integration kostet Deutschland Milliarden
Deutschland könnte den Fachkräftemangel lindern, wenn Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt zum Zuge kämen. Stattdessen verlassen viele Zuwanderer das Land rasch wieder – und dem Staat entgehen Einnahmen in Milliardenhöhe...
Deutschlands Staatseinnahmen könnten um 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes wachsen, wenn Menschen mit ausländischen Wurzeln auf dem Arbeitsmarkt genauso vertreten wären wie deutsche Arbeitnehmer. Allein bei hochqualifizierten Migranten entgehen der Bundesregierung mögliche Mehreinnahmen von mehr als 3,5 Milliarden Euro. Das geht aus dem am Donnerstag veröffentlichten Internationalen Migrationsausblick der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor...
Laut OECD erhöhte sich zwischen 2007 und 2011 die Zahl der Einwanderer aus Griechenland um 73 und aus Spanien um knapp 50 Prozent. Kräftige Zuwächse gab es im selben Zeitraum zudem bei Portugiesen und Italienern (35 Prozent).
Quelle: Handelsblatt

11. **Unsere Toten in Bangladesch**
Der Fabrikeinsturz in Dhaka ist nur eine von vielen Katastrophen in der Fertigungsindustrie. Die europäischen Textilkonzerne geben vor, sich um bessere Arbeitsbedingungen zu bemühen. Aber hinter den Kulissen drücken ihre Einkäufer auf die Preise...
Wenn in Bangladesch eine Fabrik abbrennt oder einstürzt, zahlt die BGMEA den Opfern eine Entschädigung: Verletzte erhalten 100 000 Taka (1 000 Euro) für die medizinische Versorgung, die Familie eines Todesopfers bekommt 600 000 Taka (6 000 Euro). Der Fabrikbesitzer und auch die Justiz halten sich völlig heraus. Aber diese Brosamen kommen nur bei wenigen Glücklichen an. Denn

die Listen der Opfer stellt die BGMEA selbst zusammen. Und die meisten Beschäftigten haben keinen Arbeitsvertrag, weil ihre Einstellung nur mündlich vereinbart wurde. Zahlreiche Opfer können also ihre Betriebszugehörigkeit gar nicht belegen. Und sich ein Bein brechen oder ins Herdfeuer fallen kann ja jeder.
Bei dem Brand in der Tazreen-Fabrik ist die Beweislage noch komplizierter, weil viele Leichen nicht mehr identifiziert werden konnten, erzählt Saydia Gulrukh, die Opferfamilien betreut…
Die Tazreen-Ruine rauchte noch, als die Premierministerin bereits im Namen der Regierung erklärte, die Brandursache sei ein „Sabotage-Akt“, was in Bangladesch so viel bedeutet wie: Die Islamisten sind schuld…
Die europäischen Markenhersteller kalkulieren mit einem Gewinnfaktor von sieben, das heißt, sie verkaufen die Produkte aus Bangladesch zum Siebenfachen, manchmal auch zum Zehnfachen des Einkaufspreises.
„Für die Profitgier gibt es keine Grenzen“, kommentiert Paquet. Er hat erlebt, wie alte Kunden von einem Tag auf den anderen zu einem Konkurrenten wechseln, der einen bestimmten Artikel für 10 Cent weniger anbietet: „Hier herrscht eine unglaubliche Doppelmoral. Stellen Sie sich vor, im selben Augenblick, als die Firmenchefs von H & M bei der Premierministerin saßen, um bessere Arbeitsbedingungen in den Fabriken von Bangladesch zu fordern, handelten ihre Einkaufsmanager einen 15-prozentigen Rabatt auf die Preise ihrer Lieferanten aus. Damit müsst ihr klarkommen, der Rest interessiert uns nicht‘, das ist ihre Philosophie.“
Quelle: Le Monde diplomatique

12. **Wir schnüffeln zurück**
Internet-Provider erlauben Geheimdiensten den Zugang zu ihren Daten, Geheimgerichte nicken das große Datensaugen ab. Ed Snowden wurde das zu viel und er verriet die Geschichte dem Guardian. DRadio Wissen geht jetzt in die Offensive. Wir finden heraus, wie die Schnüffelei funktioniert, wir versuchen uns zu schützen und schnüffeln zurück.
Quelle: Deutschlandradio
13. **„Das stimmt so nicht“ – Falscher Presse-Hype um Monsanto-Rückzug aus Europa**
Monsanto gibt Europa auf, schrieb die tageszeitung (taz) am 31. Mai. Und alle jubeln. Die Presse. Die Gentechnik-Kritiker ebenfalls. In Deutschland, in Europa, selbst in Übersee. Doch Monsanto reagiert noch am gleichen Tag mit einer eigenen Meldung auf der Unternehmenswebseite mit den Worten: „Das stimmt so nicht.“ Auch Gentechnik-Expertin Heike Moldenhauer vom Bund für Umwelt

und Naturschutz Deutschland kann keinen Rückzug aus Europa erkennen.
Quelle: Marianne Falck

14. **Schluss mit PISA?**
Gewerkschaft streitet über PISA-Kritik. Wolfram Meyerhöfer, Professor für Mathematikdidaktik, erklärt, warum es bei den Pisa-Tests nicht um Wissen, Bildung oder Verstehen geht
Auf ihrem Gewerkschaftstag vom 12. bis 16. Juni wird die Bildungsgewerkschaft GEW auch darüber diskutieren, was von den PISA- und ähnlichen Studien zu halten und ob diesen zukünftig vielleicht sogar mit genereller Ablehnung zu begegnen ist. Telepolis sprach hierzu mit Wolfram Meyerhöfer, Professor für Mathematikdidaktik an der Universität Paderborn, der derlei „Vergleichsstudien“ seit langem kritisiert und die gewerkschaftliche Auflehnung hiergegen wissenschaftlich fundiert und unterstützt hat.
Quelle: Telepolis
15. **Noch 4 Tage: Lobbyismus an Schulen zurückdrängen!**
Lobbyismus macht auch vor dem Klassenzimmer nicht halt. Lobbyisten erstellen Unterrichtsmaterialien, veranstalten Schulwettbewerbe oder bilden Lehrer fort. Schülerinnen und Schüler werden so zum Ziel von Meinungsmache und Manipulation.
Wir haben untersucht, mit welchen Methoden Lobbyisten Einfluss auf den Unterricht nehmen und welche Motive dahinter stecken. Das Ergebnis haben wir in unserem Diskussionspapier „Lobbyismus an Schulen“ veröffentlicht. Es zeigt: Die Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche wird professionell organisiert und ist Teil langfristiger und umfassender Lobbystrategien. Die Politik muss dieses Problem endlich erkennen und dagegen aktiv werden. Unterzeichnen Sie unseren Protestbrief an die Bildungsminister der Länder! Wir übergeben die Unterschriften am 17. Juni an Stephan Dorgerloh, Präsident der Kultusministerkonferenz.
Quelle: LobbyControl
16. **Von der Plagiatsdiskussion zu den Arbeitsverhältnissen in der Promotion**
Die Wissenschaft, und vor allem die Promovierenden, können nicht wirklich zufrieden sein. Die Diskussion ist über die Skandalisierung bisher nicht hinausgekommen. Die Plagiatsskandale in Deutschland wurden in einer Weise diskutiert, die den Zehntausenden Promovierenden hierzulande, ihrem Alltag, Aufgaben und Herausforderungen in keiner Form gerecht wurde…
Nun müssen die Diskussionen über Plagiate, Betrug und Prestigepromotionen überführt werden in eine Debatte nicht nur zur Qualität der Promotionen,

sondern auch und vor allem zur Qualität der Promotionsbedingungen. Wird diese Ebene aus der Debatte ausgeklammert, dann kann es zu keiner wirklichen Verbesserung der Promotion kommen und es wird keine breite Unterstützung – seitens der Promovierenden – für eine Reform der Promotionsphase geben.
Quelle: Gegenblende

17. **Twitter – Mit Tweets gegen Autokraten**
Ob beim Hochwasser in Ostdeutschland, auf dem Taksim-Platz in Istanbul oder dem Kampf gegen die totale Überwachung im Netz: Twitter ist überall dabei. Dabei ist Twitter mehr als nur ein Kurznachrichtendienst. Tweets dienen dem Protest – und das kann unangenehme Folgen haben. Ein Beispiel dafür ist die Bloggerin Hudi al-Adschmi aus Kuwait. Sie wurde gerade zu elf Jahren Gefängnis und schwerer körperlicher Arbeit verurteilt. In Kuwait ist das die höchste Strafe, die jemals gegen einen Twitter-Nutzer verhängt wurde. Seit einiger Zeit gehen kuwaitische Behörden stärker gegen Internetaktivisten vor. Sie fürchten ein Erstarken der Opposition. In Kuwaits Nachbarstaaten sind die Strafen für Internetaktivisten noch höher. Menschenrechtsorganisationen machen darauf aufmerksam, dass die Golfstaaten die Meinungsfreiheit im Netz stark beschränkt haben. Manchen Politikern macht Twitter scheinbar Angst. Ein Beispiel dafür ist der türkische Ministerpräsident Erdogan: „Es gibt jetzt eine neue Plage namens Twitter. Dort werden bodenlose Lügen verbreitet. Für mich sind die Sozialen Medien die schlimmste Bedrohung der Gesellschaften.“ Dabei hat Erdogan selbst 2,5 Millionen Follower bei Twitter. Unabhängig davon hat sich Twitter in der Türkei zur zentralen Plattform entwickelt, von der aus der Protest organisiert wird. – Manchmal wird Twitter aber auch überbewertet. So zum Beispiel im Zusammenhang mit den Protesten in Ägypten. Dort wurden laut einer Studie von US-Forschern nur 30 Prozent der Tweets in Ägypten selbst abgegeben. In der Türkei allerdings, liegt die Quote bei mehr als 80 Prozent. Andere – wie Arno Frank von taz.de – wiederum warnen vor den Schattenseiten von Twitter: „Von den Opfern des anonymen Cybermobbings soll gar nicht erst gesprochen werden, auch nicht von dem ozeanischen Dünnpfiff, den die meisten parasozialen und hyperbanalen Alltagstweets darstellen.“
Quelle: DRadio Wissen [Audio – mp3]

Anmerkung Orlando Pascheit: *Mein Sohn war während eines Dreitagetrips auch auf dem Taksim-Platz und unterhielt sich dort mit einigen Demonstranten. Diese berichteten, die türkische Polizei habe in mehreren*

Städten Twitter-Nutzer wegen angeblicher Anstiftung zur Gewalt festgenommen hätten. Tausende Internetseiten, darunter auch YouTube, seien gesperrt. Twitter spiele eine entscheidende Rolle. Witzig aber bezeichnend: Als Erdogan von seiner Nordafrikareise zurückkam, wartete die Maschine drei Stunden auf den Flughafen, bis genügend bezahlte (so das Gerücht) „Jubelperser“ herangekarrt worden waren. Der Taksim-Platz wusste sofort Bescheid. Einem Mitglied der Delegation wurde die Warterei wohl zu bunt und er machte seinem Unmut per Twitter Luft.